

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 888 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Gernot Eler MdB kommentiert eine Intervention, die einen Wendepunkt markiert: Somalia, die UNO, Deutschland.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB setzt sich mit der Unions-Kampagne zur Pflegeversicherung auseinander: Halbwahrheiten und Verdrehungen.

Seite 3

Herbert Müller MdL verurteilt das Einreise-Verbot für Träger des alternativen Friedens-Nobelpreises: Schwere Schaden für Ansehen Deutschlands.

Seite 4

Achim Großmann MdB kommentiert die Altschulden-Frage der östlichen Wohnungsbau-Genossenschaften: Neuer Beratungsbedarf im Bundestag.

Seite 6

Neue Adresse ab

1.1.1994

Schumannstr. 2b

53113 Bonn

Postfach 190167

53037 Bonn

48. Jahrgang / 239 / 15. Dezember 1993

Somalia, die UNO, Deutschland

Zwischenbilanz einer Intervention, die einen Wendepunkt markiert

Von Gernot Eler MdB

Mitglied des Verteidigungs-Ausschuß des Deutschen Bundestages

In der Bundesregierung fliegen die Fetzen. Verteidigungsminister Röhe und Außenminister Kinkel streiten sich über die Rückführung von 1.700 Mann Bundeswehr aus Somalia. Der Rückzug ist unvermeidlich, seitdem feststeht, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen bis zum 31.3.1994 zurückholen werden, was inzwischen auch die Belgier, Franzosen und Schweden beschlossen haben. Hinter dem Krach der Minister stecken unterschiedliche Prioritätensetzungen: Kinkel will deutscher UN-Musterknabe sein, den Blick aus den Augenwinkeln fest gerichtet auf den angestrebten deutschen Sitz im Sicherheitsrat. Röhe will sich jetzt als umsichtiger Vater seiner Truppe profilieren und jedes unnötige Risiko vermeiden. Gemeinsam ist ihnen, daß sie von Somalia nicht einmal mehr reden, geschweige denn das tragische Schicksal dieses Landes in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen.

Damit befinden sich unsere Minister in bester, zumindest zahlreicher Gesellschaft. Von UNOSOM I über UNITAF bis UNOSOM II hat sich der internationale Somalia-Einsatz immer weiter weg bewegt von einem Instrument internationaler Hilfeleistung hin zu einem Prestigeunternehmen, das als solches jetzt scheitert. Wir müssen erst noch begreifen, daß die Somalia-Intervention zugleich die modernste Form des militärischen Internationalismus wie möglicherweise einen Wendepunkt darstellt.

Lange Zeit hat die Weltöffentlichkeit die kollabierenden Zustände in Somalia, einem klassischen Opfer des Kalten Krieges und seines Endes, einfach ignoriert. Das änderte sich erst Ende 1992, als die Clan-Kriege das Land schon in eine Hungerkatastrophe getrieben hatten, deren erschütternde Abbildung allabendlich von den Fernsehstationen in alle Welt verbreitet wurde. Die Weltmeinung fand, man könne da nicht mehr tatenlos zusehen. Und da auch noch vier amerikanische Ölkonzerne befürchten mußten, daß nach dem Sturz Siad Barre im Januar 1991 und der danach um sich greifenden politischen Unübersichtlichkeit ihre Millioneninvestitionen in somalische Erdölexplorationen verloren sein könnten, war es nicht mehr schwer, den scheidenden amerikanischen Präsidenten George Bush für eine Mini-Reprise des Golfkriegsspektakels unter dem schönen Namen "Restore Hope" zu gewinnen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich für den Inhalt:
Rudolf Schwinn



Als die Marines am 8. und 9. Dezember 1992 am Strand von Mogadischu landeten, gerieten sie nicht in feindliches Feuer, sondern in die Blitzlichtgewitter der Internationalen Medien. Praktischerweise konnte man den Stab der Operation im Hauptquartier der Conoco Inc. in Mogadischu einrichten, dem Hauptinteressenten am somalischen Öl, dem ein Weltbank-Report von 1991 eine verheißungsvolle Zukunft vorausgesagt hatte.

Eine Befriedung des Landes schaffte "Restore Hope" nicht. Und auch die 29.000 Soldaten von UNOSOM II, in der Sicherheitsratsresolution 814 vom 26. März 1993 mit weitgehendem Kampfauftrag nach Kapitel VII der UNO-Charta ausgestattet, scheiterte bisher an dieser Aufgabe, zumindest in einigen Regionen Somalias und vor allem in Süd-Mogadischu, dem Hauptquartier des inzwischen weltbekannten Generals Aidid. Stattdessen verloren bisher 85 UNO-Soldaten in Somalia ihr Leben und über 400 wurden verwundet. Über die (weit mehr) somalischen Opfer der Zwischenfälle und Kämpfe gibt die Statistik keine Auskunft.

Die Weltöffentlichkeit wurde Zeuge von eskalierender Grausamkeit auf beiden Seiten. Aidids SNA-Kämpfer stellten den UNOSOM-Soldaten heimtückische Fallen und malträtierten auch noch die toten Körper der Gefallenen. Vor allem die amerikanischen Kontingente übten Rache. Im Zeichen der Vereinten Nationen stürmte man Krankenhäuser und Wohnungen und schoß sogar aus Kampfhubschraubern auf Zivilisten, wenn hinter ihnen Aidid-Leute vermutet wurden. Entsetzlicher Höhepunkt dieser Entwicklung war der 3. Oktober 1993, als 18 amerikanische Soldaten (übrigens nicht unter UN-Kommando) bei einer Aktion getötet und weitere 75 verwundet wurden. Tagelang mußten sich die amerikanischen Fernsehzuschauer ansehen, wie die mißhandelten Leiber toter Rangers durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden.

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Clinton antwortete doppelt: Einerseits schickte er noch mehr "Quick Reaction Forces" mit schwersten Waffen nach Mogadischu, andererseits kündigte er das Ende des amerikanischen Engagements für den 31.3.1994 an.

Das Schicksal der Menschen in Somalia spielt keine Rolle

Eine Rücksicht auf UNOSOM II und die Ziele dieser UN-Initiative hat der amerikanische Präsident dabei nicht genommen. Politisches Prestige, ökonomische Interessen und der Druck der öffentlichen Meinung haben die Soldaten ans Horn von Afrika gebracht - die Einsicht, daß vorzeigbare Erfolge ausbleiben, daß eine unangenehme Diskussion über den Sinn der ganzen Mission und der Vergeudung eigener Menschenleben anfangen könnte und entsprechend kein politisches Prestige mehr zu gewinnen ist, treibt sie jetzt wieder nach Hause. Bei diesen Überlegungen spielt das Schicksal der Menschen in Somalia überhaupt keine Rolle mehr, es ist geographisch austauschbar. Allein der Generalsekretär der Vereinten Nationen wirbt weiter für die Fortsetzung des Programms. Er weiß, was ein plötzlicher Rückzug bedeuten kann, aber alles winkt nur ab auf seine Bitten.

Damit steht fest, daß der erste UNO-Einsatz mit Kampfauftrag nach Kapitel VII der UNO-Charta zu einem verlustreichen Fehlschlag geworden ist - mit Folgen, die sich noch nicht vollständig absehen lassen. Das weltweite Ansehen der Blauhelm-Missionen, 1988 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt, hat mehr als nur Kratzer abbekommen. Der Ausflug in den umstrittenen Auftragsbereich der bewaffneten Intervention im Gegensatz zu den klassischen, friedenserhaltenden Blauhelm-Einsätzen hat das Image der ganzen Vereinten Nationen beschädigt. UNOSOM II hat die Weltorganisation auch in eine tiefe Finanzkrise getrieben. Das Ende des Jahres 1993 sieht die UNO als Partiiell zahlungsunfähige Institution und den Generalsekretär als Bittsteller bei säumigen Zahlern. Von Mitte 1991 bis Mitte 1993 haben die Vereinten Nationen für militärische Einsätze ebensoviel Geld ausgegeben wie insgesamt zwischen den Jahren 1945 und 1991. Ein Nachdenken darüber, wie es weitergehen soll, läßt sich nicht mehr vermeiden. Am 9. November 1993 gab Boutros Ghali bei einer Rede in Washington bekannt, daß die UNO schon mehr als zwei Milliarden Dollar allein für den Einsatz in Somalia ausgegeben habe. Und er fügte hinzu: "Das internationale Bemühen in Somalia zeigt, daß Frieden nicht von außen erzwungen werden kann. Frieden kann nicht erreicht werden, wo es am ausreichenden Willen

zum Frieden fehlt." Eine bemerkenswerte Rückkehr zur Philosophie der friedenserhaltenden, auf Friedenserzwingung verzichtenden UN-Einsätze!

Ausgerechnet an der bisher problematischsten Militärmission der Vereinten Nationen hat sich die Bundesregierung demonstrativ und gegen die Warnungen der politischen Opposition beteiligt. Glück und Pech liegen dabei dicht nebeneinander. Man kann froh darüber sein, daß die Bundeswehreinheiten in Belet Huen zu ihrer eigentlichen Aufgabe gar nicht gekommen sind und so auch nicht in risikoreiche militärische Auseinandersetzungen verwickelt wurden. Pech für Helmut Kohl und seine Minister andererseits, daß auch der erhoffte Prestigegewinn ausgeblieben ist. Von dem ersten internationalen militärischen Auftritt des größer gewordenen Deutschland werden wahrscheinlich am ehesten die Kosten im Gedächtnis bleiben. Allein der Bundeswehreininsatz im Jahr 1993 in Somalia wird 230 Millionen DM verschlingen. Nach Rückkehr aller Soldaten werden die Kosten für die ganze Mission die halbe Milliarden überschreiten haben - schlecht angelegtes Geld für den Bau einiger Straßen und Schulen, das Bohren einiger Tiefbrunnen und die vorübergehende Verbesserung der ärztlichen Versorgung von Belet Huen. Zum Vergleich: die gesamten humanitären Hilfen Bonn's für Somalia betragen laut Auskunft der Bundesregierung von 1990 bis Februar 1993 DM 102,5 Millionen und überschreiten bis Ende des Jahres 1991 nicht DM 127 Millionen. Die meisten Fachleute stimmen dem Urteil des Leiters der Caritas-Auslandshilfe, Günter Hölter, zu, der in einem Interview feststellte, daß Hilfsorganisationen wegen ihres zivilen Charakters, ihrer Neutralität und wegen ihres Ansatzes, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, solche Aufgaben besser wahrnehmen können als die Bundeswehr.

Das öffentliche Interesse an dem, was in Somalia geschieht, nimmt ab. Auf die Dauer werden Bilder von Soldaten, die ihre Sachen packen, langweilig. Die tägliche Hilfe von zivilen Organisationen verläuft unspektakulär. Kontinuierliche politische Bemühungen um einen Ausgleich zwischen den verfeindeten Clans und um den Wiederaufbau von Verwaltungsstrukturen bringen keine interessanten Bilder. Wahrscheinlich stürzen wir uns bald auf Bilder eines anderen Schauplatzes. Dabei müßten die Erfahrungen von Somalia erst einmal bis zu den notwendigen politischen Schlußfolgerungen ausgewertet werden. Die Vereinten Nationen sind in Somalia in die Sackgasse geschickt worden. Den Schaden haben wir alle. Er muß für die Zukunft abgewendet werden.

(-/15. Dezember 1993/rs/tr)

Kampagne mit Halbwahrheiten und Verdrehungen **Die Union will sich als Retter der Pflegeversicherung aufspielen**

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagesfraktion

Nachdem die Union offenbar erkannt hat, daß sie sich mit ihrer Kompromißunfähigkeit in Sachen Pflege in die Sackgasse taktiert hat, soll nun eine sogenannte "Kampagne zur Rettung der Pflegeversicherung" für Ablenkung sorgen. Ausgerechnet diejenigen, die mit ihrer Mehrheit zwei SPD-Gesetzesentwürfe zur Pflege in den Jahren 1986 und 1988 zum Scheitern gebracht haben, wollen sich jetzt als Retter der Pflegeversicherung aufspielen. Ausgerechnet diejenigen, die unser Land seit Jahren mit einer Serie sozialer Grobheiten überzogen haben, versuchen sich nun aus einem unzureichenden Gesetz mit unsozialer Finanzierung ein dünnes Sozialmäntelchen zu stricken.

Die sogenannte Kampagne der Union strotzt vor Halbwahrheiten und Tatsachenverdrehungen, die Wahrheit aber ist:

- Die Leistungen der Pflegeversicherung, ursprünglich auf Druck der SPD auf einen vernünftigen Umfang angehoben, sind von CDU, FDP und CSU wieder radikal gekürzt worden: in der Hauspflege vom Schwestpflegebedürftigen um 550 DM, bei außergewöhnlich Pflegebedürftigen um 300 DM, bei Urlaubs- und Kurzzeitpflege um jeweils 700 DM. Die Folgen liegen auf der Hand; für viele Betroffene wird die Sozialhilfe letzter Rettungsanker bleiben.
- Die Pflegeversicherung und damit allein die beitragszahlenden Arbeiter und Angestellten sollen mit jährlich 800 Millionen DM die dringend notwendige Modernisierung der ostdeutschen Pflegeheime finanzieren. Die dicken Brieftaschen sollen wieder geschont werden. Diese 800 Millionen DM pro Jahr gehen den pflegebedürftigen Menschen verloren, und das, obwohl die Steuerklassen durch die Pflegeversicherung bei Kriegspfeversorge und -versorgung genau diesen Betrag sparen.
- Die Beitragszahlenden Arbeiter und Angestellten sollen die Pflegeversicherung alleine bezahlen, sie müssen den Arbeitgebern deren Beiträge rückerstatten - durch Abschaffung eines Feiertages oder zehn Prozent Lohnkürzung an allen bundeseinheitlichen Feiertagen.
- Darüber hinaus sollen die Wirtschaft noch weitere zehn Milliarden DM gleichsam als Geschenk nachgeworfen werden - durch Abschaffung eines weiteren Feiertages und nochmalige zehn Prozent Lohnkürzung.
- Die Tarifautonomie soll ausgehebelt werden.
- Die durch Einführung einer Pflegeversicherung eingesparten Mittel sollen nicht zweckgebunden Pflegebedürftigen zugute kommen.

Diese Wahrheiten will die Union mit Ihrer sogenannten Kampagne vernebeln. Wir brauchen eine Pflegeversicherung, die gerecht finanziert ist und den Betroffenen wirklich hilft. Die SPD ist der Union und der FDP mit einem Kompromißvorschlag weit entgegengekommen. Er wurde zurückgewiesen, weil es den Koalitionsparteien gar nicht allein um Pflege geht.

Die Haltung der SPD steht: Nein zu diesem mangelhaften Pflegegesetz und Arbeitgeberbegünstigungspaket, aber Ja zu einer fairen Pflegeversicherung. Wir bleiben zum Kompromiß bereit.

(-/15. Dezember 1993/rs/fr)

Einreise-Verbot für Träger des alternativen Friedens-Nobelpreises **Schwerer Schaden für Ansehen Deutschlands**

Von Herbert Müller MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Dieser Tage haben die Schwestern Mary und Gerry Dunn, die seit 18 Jahren an der Spitze der Western Shoshone für die Anerkennung ihrer Landrechte kämpfen, in Stockholm den alternativen Friedensnobelpreis überreicht bekommen. An dieser Feier haben auch der Chief der Western Shoshone, Raymond Yowell, seine Frau Lana Yowell und sein Generalsekretär Ian Zabarta teilgenommen, denen eine Woche zuvor die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert worden war und die sogar vorübergehend an der Grenzstation Lotstetten festgenommen worden waren.

Wir sind bestürzt und entsetzt über den Umgang der Bundesregierung mit der Delegation der Western Shoshone - ausgerechnet im 'Jahr der indigenen Völker', zu dem die Vereinten Nationen 1993 bestimmt haben. Wir können nicht verstehen, daß der Brief des Sekretärs der Arbeitsgruppe für indigene Völker bei den Vereinten Nationen in Genf, Julian Burger, der ausdrücklich die Teilnehmer der Delegation als anerkannte Vertreter der Western Shoshone bestätigte, ohne Reaktion seitens der Bundesregierung blieb. Wir können insbesondere die Sturheit von Bundesinnenminister Manfred Kanther nicht verstehen, dem die Gesetzeslage - beispielsweise "Einreise aus humanitären Gründen" - nichts in den Weg gestellt hätte.

Zum Hintergrund: Die Western Shoshone hatten nach dem Vertrag von Ruby Valley einen Teil des US-Staates Nevada als Reservat zugewiesen bekommen. In diesem Bereich haben die USA dann das Atomtestgebiet 'Nevada Test Site' errichtet und weite Teile des Landes mit radioaktiven Niederschlägen verseucht. Mit einer Zwangsentschädigung, die die Indianer bis heute nicht angenommen haben, wurden ihnen 1989 ihre Landrechte und die damit verbundenen Nutzungsrechte entzogen. Auf Einladung des SPD-Europaabgeordneten Dr. Dieter Rogalla, Vorsitzender der Internationalen Arbeitsgruppe 'Urvölker', besucht zur Zeit die dreiköpfige Delegation der Western Shoshone Europa, um politische Gespräche zu führen und europäische Autonomie-Modelle - zum Beispiel Liechtenstein - zu studieren.

Der Besuch war im Oktober bereits von den USA verhindert worden, die sich weigerten, die Western Shoshone ausreisen zu lassen, nachdem diese nicht ihre Stammespässe abgeben und US-Pässe annehmen wollten. Als die Delegation dann Ende November doch ausreisen durfte, erhielt sie zwar die entsprechenden Visa aus der Schweiz, Italien und den skandinavischen Ländern, nicht aber aus Deutschland. Das Bundesinnenministerium weigerte sich, die Delegation einreisen zu lassen, und wies auch alle Grenzstationen entsprechend an.

Die parlamentarischen Gesprächspartner von SPD und Grünen in München (Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag), in Frankfurt, in Bremen und in Hannover schafften es ebenso wenig wie Dieter Rogalla, die Bundesregierung umzustimmen, so daß die Western Shoshone mit ihren Stammespässen hätten einreisen können. Höhepunkt war dann die vorläufige Festnahme der Indianer in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember für mehrere Stunden am Grenzübergang Lotstetten.

Im Ergebnis stellen wir fest: Wie soll von Deutschland Frieden für die Welt ausgehen, wenn seine Regierung solche Anstrengungen, das friedliche Zusammenleben aller Menschen und Völker zu fördern, ohne Sinn und Not derart mit Füßen tritt? Wie kann Frieden in dieser Welt entstehen, wenn die Menschenwürde in unserem angeblich hochzivilisierten Land so mißachtet wird?

Wir und mit uns viele Menschen in Deutschland sind fassungslos, auf welche Weise die Bundesregierung unser Land in eine Außenseiterrolle in Europa und der Welt drängt. Die Bundesregierung hat dem Ansehen Deutschlands im Kreis der Völkergemeinschaft schweren Schaden zugefügt.

(-/15. Dezember 1993/rs/tr)

Die Altschuldenfrage der östlichen Wohnungsbaugenossenschaften
Ein Problem, das noch einmal auf den parlamentarischen Prüfstand gehört

Von Achim Großmann MdB
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Antragsfristen für das Altschuldenhilfegesetz, nach dem die Wohnungsbaugesellschaften in den neuen Bundesländern von einem Teil ihrer Schulden befreit werden sollen, laufen zum Ende des Jahres aus.

Nach Auskunft der Deutschen Kreditbank-AG Berlin haben bislang nicht einmal fünf Prozent aller berechtigten Wohnungsbaugesellschaften einen Antrag auf Schuldenerlaß gestellt. Die Gründe für diese "zögerliche" Haltung der meisten Betroffenen sind vielfältig:

- Viele Wohnungsbaugesellschaften sind offensichtlich nicht bereit, mit der Antragstellung zu dokumentieren, daß sie bei ihnen verbleibenden Restschulden anerkennen und diese tragen wollen.
- Einige werden für sich entschieden haben, daß sich das Altschuldenhilfegesetz mit dem damit verbunden 15prozentigen Privatisierungszwang, der teilweisen Abführung des Erlöses an den Erblastenfonds und den verbleibenden Restschulden in Höhe von 150 DM/qm für sie nicht "rechnet".
- Zudem wird der Zeitfaktor eine Rolle spielen: Für viele Wohnungsbaugesellschaften stellt es eine Überforderung dar, ein schlüssiges Konzept - inklusive - Privatisierungsplan - bis zum 31. Dezember 1993 vorzulegen.
- Schließlich darf eines nicht vergessen werden: Das Altschuldenhilfegesetz gilt neben Wohnungsbaugesellschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen auch für Wohnungsgenossenschaften. Insbesondere diese haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, daß der Privatisierungszwang des Altschuldenhilfegesetzes für sie nicht zu akzeptieren ist: Die genossenschaftliche Wohnung stellt bereits Eigentum dar, ihre "Privatisierung" ist also ein Widerspruch in sich. Darauf weisen vor allem Genossenschaftsmitglieder in ihren Schreiben immer wieder hin.

Der SPD ist es in den Beratungen zum Altschuldenhilfegesetz leider nicht gelungen, dieses Problem im Sinne der Genossenschaften zu lösen: Auch eine gesetzliche Regelung, die die Veräußerung genossenschaftlichen Eigentums ausschließlich an die genossenschaftlichen Teileigentümer zulassen sollte, konnten wir nicht durchsetzen.

Angesichts der jetzt deutlich gegen Null tendierenden Antragszahlen gehört das Problem der Genossenschaften nochmals auf den parlamentarischen Prüfstand. Daneben ist es notwendig, allen Wohnungsunternehmen mehr Zeit bei der Entwicklung ihrer Privatisierungskonzepte zu gewähren. Bis zum Ende des Jahres sollten diese lediglich mit einer entsprechenden Absichtserklärung deutlich machen, daß sie das Altschuldenhilfegesetz in Anspruch nehmen wollen.

Schließlich ist eine Überprüfung der progressiven Abgabepflicht an den Erblastenfonds notwendig: Die jetzige Regelung - geringe Abführung bei zügiger, hoher Abführung bei später Privatisierung - fördert wenig durchdachte, für die Mieter nachteilige Konzepte.

Die Praktiken der Treuhandliegenschaftsgesellschaft sind dafür ein Negativ-Beispiel: Privatisierung ohne Sanierung des Gemeinschaftseigentums ist mieterfeindlich und wird von der SPD strikt abgelehnt.

Die Bundesregierung sollte das alte Jahr mit einer guten Tat beenden und als Zeichen des guten Willens für eine Regelung beim Altschuldenhilfegesetz eintreten, die für die Wohnungsunternehmen handhabbar und zeitlich angemessen ist. (-/15. Dezember 1993/vo-he/ra)
